

## Enteignung und Umverteilung oder Geldentwertung und Währungsreform

31.10.2016, 10:44 | Politik, Recht & Gesellschaft

Pressemitteilung von: *Agenda 2011 - 2012*

Presseagentur: *Agenda News*

---

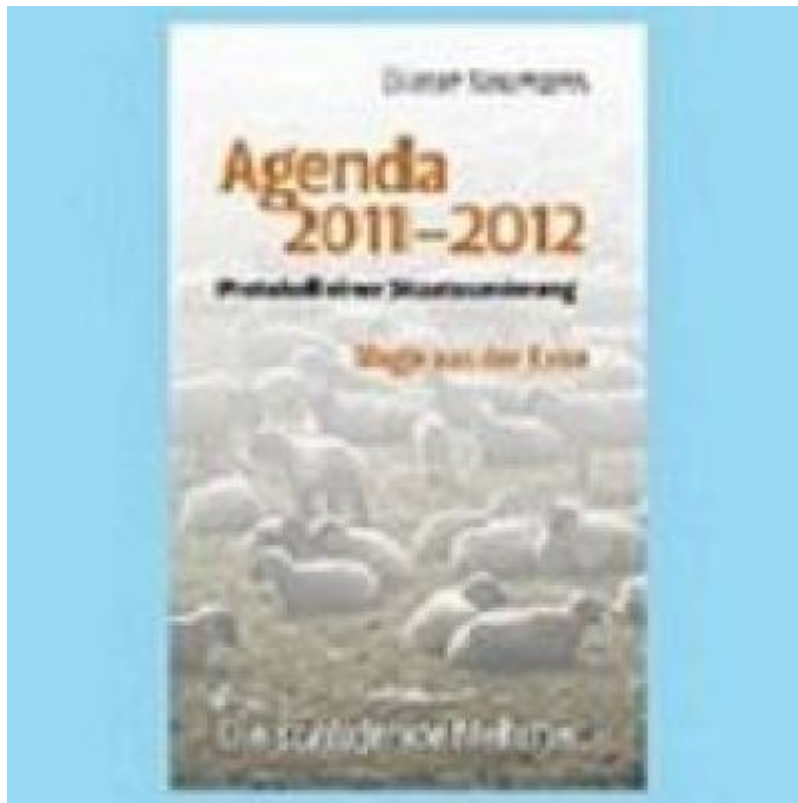


Bild: Agenda 2011-2012

(Agenda 2011-2012) Nach dem 2. Weltkrieg haben die westlichen Schutzmächte 1948 das Gesetz zum Notopfer Berlin erlassen. 2 Pfennig wurden auf jedes Poststück erhoben, um armen Menschen in der totalen Blockade von Berlin zu unterstützen. Auf diese Art und Weise kamen in 8 Jahren rund 490 Millionen Deutsche Mark zusammen. Das war die erste Enteignung von Bürgern für Not leidende Bürger. Es folgten 1948 das Gesetz zum Lastenausgleich, 1951 zum Länderfinanzausgleich und 1991 zum Solidaritätszuschlag.

Mit diesen Maßnahmen wurden Bürger um rund 1.000 Mrd. Euro enteignet und das Geld an Bedürftige umverteilt. Dadurch wurde eine Neuverschuldung von 1.500 Mrd. Euro, inklusiv plus 500 Mrd. Euro Zinsen und ein Anstieg der Schulden auf rund 3.550 Mrd. Euro verhindert. Altparteien haben mit Enteignungen und Umverteilungen gut leben können. Das änderte sich 1969 schlagartig mit dem Beginn von ständig steigenden Schulden.

Seit dieser Zeit sind die Staatsausgaben unter Brandt, Schmidt, Kohl, Schröder und Merkel um 1.280 Mrd. Euro höher als die Staatseinnahmen. Das hat 768 Mrd. Euro Zinsen gekostet und das Staatsdefizit von 2.048 Mrd. Euro bewirkt. Parallel dazu wurden 25 Steuerarten abgeschafft – die Einnahmen daraus. Helmut Kohl hat 1989 die Senkung der Lohnsteuer/Einkommensteuer von 56 auf 42 Prozent auf den Weg gebracht, 1991 die Börsenumsatzsteuer ersatzlos gestrichen und 1997 die Vermögensteuer ausgesetzt. Kohl, Schröder und Merkel haben somit auf Steuereinnahmen von

rund 1.150 Mrd. Euro verzichtet. Davon hat sich Deutschland bis heute nicht erholt!

Gingen Politiker, Ökonomen und Wissenschaftler bisher davon aus, dass bis 2040 fast 15 Millionen qualifizierte Beschäftigte fehlen, wird nun wissenschaftlich belegt, dass bis dahin 20 Mio. Jobs in Deutschland verloren gehen. Jobkiller sind: künstliche Intelligenz, Computer, Roboter, eine steigende Nachfrage nach Billigimporten, Rationalisierungs- und Synergieeffekte. In diesen Bereichen entfallen Zuschüsse von Arbeitgebern zu den Sozialsystemen. Mehr Arbeitslose als Arbeitnehmer und doppelt so viel Rentner wie Beschäftigte.

Staats- und Regierungschefs haben keine Antworten auf die Schuldenkrise. Hätten sie Antworten, gäbe es keine globale Krise. Experten weisen darauf hin, dass die Schulden Deutschlands wegen eingegangener Verpflichtung um weitere 4,8 Mrd. Euro auf 7.000 Mrd. Euro steigen. Eine enorme Finanzlücke ist die Folge. Bei den Freihandelsabkommen CETA und TTIP wird übersehen, dass weitere, erhebliche Zolleinnahmen verloren gehen.

Agenda 2011-2012 stemmt sich gegen eine Entwicklung, die Arme und Unterprivilegierte immer mehr ausgrenzt und Beschäftigte steuerlich stärker in Anspruch nimmt. Es besteht die Gefahr einer Währungsreform, Geldabwertung und eines Schuldenschnitts, bei dem es nur Verlierer gibt.

Bereits im Mai 2010 hat die Initiative Agenda 2011-2012 der Öffentlichkeit im Internet ein Sanierungsprogramm zur Diskussion angeboten, das mit einem aktuellen Finanzrahmen von 275 Mrd. Euro für ausgeglichene Haushalte und Rückführung der Staatsschulden steht. Ihr Credo: „Nur mit einer angemessenen Beteiligung aller Gesellschaftsschichten an den Kosten des Staates wird die Krise überwunden.“ 95 % der im Internet befragten Personen stimmen dem zu. Über 12 Mio. Mal haben User Berichte dazu statistisch aufgerufen, gelesen und runtergeladen.

Eine Umsetzung des Programms von Agenda 2011-2012 bedeutet Realpolitik und würde zu mehr Menschlichkeit und sozialer Sicherheit führen. Es steht für eine deutliche Steigerung der Einkommen, Binnennachfrage, des Bruttoinlandsprodukts und Renditen von Unternehmen. Politik und Wissenschaftler werden sich dem nicht weiter entziehen können!

Dieter Neumann

## **Portrait**

Im Mai 2010 wurde das soziale Netzwerk Agenda 2011-2012, eine Initiative von Bürgern für Bürger, gegründet. Im Mittelpunkt stehen die Themen soziale Gerechtigkeit, Bildung und eine angemessene Beteiligung aller Gesellschaftsschichten an den Kosten des Staates. Der Öffentlichkeit wurde bereits im Mai 2010 ein Sanierungskonzept mit einem jährlichen Finanzrahmen von 275 Milliarden Euro zur Diskussion angeboten, das für ausgeglichene Haushalte und Rückführung der Staatsschulden steht.

„Enteignung und Umverteilung oder Geldabwertung“ ist ein Spot zum Sachbuch Agenda 2011-2012 „Protokoll einer Staatssanierung – Wege aus der Krise“, Dieter Neumann, BoD-Verlag Mai 2016. Zur Realisierung des Sanierungskonzeptes wird ein Konsens mit Bürgern, Politikern, sozialen Netz- und Hilfswerken, Kirchen, Gewerkschaften, Unternehmern und Vermögenden gesucht.

News-ID: 925099 • Views: 565 (Stand: 09.05.2026)

Link zur Pressemitteilung:

<https://www.openpr.de/news/925099/Enteignung-und-Umverteilung-oder-Geldentwertung-und-Wahrungsreform.html>